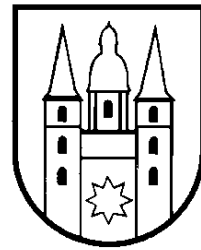


# **Stadt Marienmünster**

Der Bürgermeister



## **Niederschrift**

**01/034/2020**

über die Sitzung **des Rates**  
am **Mittwoch, dem 08.04.2020**, von **18:30 Uhr** bis **20:15 Uhr**  
im **Gebäude der Grundschule Marienmünster (Aula)**

### **Anwesend:**

#### Bürgermeister

Robert Klocke

#### CDU

Josef Büker  
Klaus-Peter Gosse  
Stefan Köhne  
Josef Kreimeyer  
Hermann Müller  
Bernadette Niemeier  
Mathias Schmidt  
Johannes Stecker

#### UWG

Josef Dreier  
Josef Hoffmeister  
Gerhard Meier  
Olaf Wittrock  
Josef Wolff

#### SPD

Helmut Lensdorf  
Sybille Mocker-Schmidt  
Michael Potthast

#### WGB

Hubert Bartram  
Elmar Stricker

#### von der Verwaltung

Stefan Niemann  
Kai Schöttler

#### Protokollführer

Josef Suermann

**Abwesend:**CDU

Klaus Dieter Becker  
Paul Postert

SPD

Friedrich Potthast

**Zuhörer: 4**

**Presse:** Schellenberg, NW

**Öffentlicher Teil****1. Eröffnung der Sitzung**

Wegen der Corona-Pandemie findet die heutige Sitzung in der Aula der Grundschule statt, wo ein größtmöglicher Sicherheitsabstand gewahrt werden kann. Zusätzlich zu den 2 m Sicherheitsabstand zwischen den Stühlen werden Atemschutzmasken ausgegeben, Desinfektionsmittel bereitgestellt und für eine ausreichende Belüftung gesorgt.

Bürgermeister Robert Klocke begrüßt die Anwesenden und stellt widerspruchslos die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass über die Presse verkündet wurde, dass das strittige Thema „Sportstättenentwicklung“ in der heutigen Sitzung nicht beraten werden soll, um die Sportler davon abzuhalten, in großer Anzahl an der Sitzung als Zuhörer teilzunehmen. Dies sollte wegen der gegebenen Ansteckungsgefahr auf jeden Fall vermieden werden.

Jetzt lägen ihm aber gleichlautende Anträge von der CDU-Fraktion und der UWG-Fraktion vor, die eben dieses Thema zum Inhalt hätten. Nach einer eingeholten Auskunft der Kommunalaufsicht müsse er diese Anträge beraten lassen. Er stellt ausdrücklich fest, dass eine Beratung des Themas trotz der besagten Aussagen in der Presse in den Augen der Bevölkerung als Vertrauensbruch gewertet werden würde. Er habe auch den Eindruck, dass nach dem Wortlaut der Anträge der Sachverhalt noch nicht gänzlich verstanden wurde. Dieser sollte planmäßig in der Hauptausschusssitzung am 18.03.2020 ausführlich vorgestellt und diskutiert werden. Leider sei die Corona-Pandemie dazwischengekommen. Diese dringend nötige Vorberatung müsse nachgeholt werden, sobald sich die Ansteckungsgefahr wieder gelegt habe. Bis dahin könne über alle Haushaltsansätze zu dem Thema ein Sperrvermerk angebracht werden, so dass keine Fakten geschaffen werden würden.

Josef Büker entgegnet, dass die vorliegenden Anträge behandelt werden müssen.

**2. Entscheidung über Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2020**

Die als Tischvorlage verteilte Liste mit den Änderungsanträgen liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Bürgermeister Robert Klocke lässt über die einzelnen Anträge wie folgt abstimmen:

**A. Änderungsanträge der Verwaltung****a) Ausstattung der Ratsmitglieder mit Tablets****Beschluss:**

Um nach der Kommunalwahl den neuen Rat mit Tablets ausstatten zu können, werden 10.000 € zusätzlich in den Haushaltsplan aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**b) Abriss des Schornsteins der alten Heizungsanlage des Schulsystems****Beschluss:**

Der Ansatz zur Finanzierung des Schornsteins beim Hallenbad wird gestrichen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Haushaltsansatz „Sanierung des Vorplatzes Hallenbad“ enthalten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**c) Garagentor am Feuerwehrgerätehaus Löwendorf****Beschluss:**

Zur Finanzierung des nach Bereitstellung des Fahrzeugs für den Katastrophenschutz erforderlichen größeren Garagentors am Feuerwehrgerätehaus Löwendorf werden bereits in diesem Haushaltsjahr 15.000 € bereitgestellt und nicht wie vorgesehen erst in 2021.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**d) Mehrkosten beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses Bremerberg****Beschluss:**

Zur Finanzierung des entstandenen Mehrbedarfs beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses Bremerberg in Folge von Baupreissteigerungen werden 40.000 € zusätzlich bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

**e) Mehrkosten beim Ausbau der Siedlungsstraße in Kleinenbreden****Beschluss:**

Um die durch Baupreissteigerungen entstandenen Mehrkosten beim Ausbau der Siedlungsstraße in Kleinenbreden finanzieren zu können, werden 15.000 € bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**f) Mehrkosten bei der Sanierung des Vorplatzes des Hallenbades**

Elmar Stricker regt an, den Schornstein der alten Heizung vorm Hallenbad als Nistangebot für Störche stehen zu lassen.

Stefan Niemann erklärt, dass ein Abriss jetzt vor der Neuverlegung von Pflastersteinen erfolgen müsse oder gar nicht mehr.

Bernadette Niemeier berichtet, dass der Gedanke mit dem Nistplatz für Störche nicht neu ist, zumal des Öfteren schon Störche auf dem Schornstein saßen. Sie habe die Thematik mit dem Nabu besprochen, der den Standort jedoch kritisch sehe.

Josef Wolff stellt die dauerhafte Standsicherheit des Schornsteins in Frage. Der Standort sei für ein Storchennest denkbar ungeeignet wegen des Besucherverkehrs. Die Hallenbadbesucher könnten sich durch den Vogelkot belästigt fühlen.

**Beschluss:**

Zur Finanzierung der durch Baupreissteigerungen entstehenden Mehrkosten wird der Ansatz zur Sanierung des Hallenbadvorplatzes incl. Abriss des Schornsteins um 80.000 € angehoben.

**Abstimmungsergebnis:** 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

**g) Förderung des touristischen Angebots in der Abtei Marienmünster**

**Beschluss:**

Zur Förderung des touristischen Angebotes in der Abtei Marienmünster werden 20.000 € zusätzlich bereitgestellt. Der Ansatz ist mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Freigabe erfolgt nach Vorlage eines Konzeptes.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**h) Maßnahmen, die über das Dorferneuerungsprogramm gefördert werden sollen**

**Beschluss:**

Die mit Fördermitteln aus dem Dorferneuerungsprogramm anteilig zu finanzierenden Haushaltstitel werden mit einem Sperrvermerk versehen. Sie werden nur freigegeben, wenn die Zuwendungsbescheide vorliegen. Der Eigenanteil der Stadt wird generell für alle Maßnahmen an Dorfgemeinschaftshäusern auf 10 % der Gesamtkosten festgelegt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**i) Redaktionelle Änderung beim Ansatz Pumtrackbahn Bredenborn**

**Beschluss:**

Die zur Anlage einer Pumtrackbahn in Bredenborn vorgesehen 25.000 € sollen zur Finanzierung des Eigenanteils zur Gestaltung der Bürgerwiese Bredenborn verwendet werden. Insofern

erfolgt eine redaktionelle Änderung bei dem Haushaltstitel. Auf Antrag der UWG Fraktion wird ein Sperrvermerk angebracht. Die Freigabe erfolgt erst nach Vorberatung im Ortsausschuss Bredenborn. Der erforderliche Zuwendungsantrag soll unabhängig hiervon erarbeitet und gestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

#### **j) Redaktionelle Änderungen**

Der Rat nimmt von einer erforderlichen redaktionellen Änderung bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten und von der Streichung eines doppelt erfassten Ansatzes für 2021 im Bereich Brandschutz Kenntnis.

### **B. Änderungsanträge der CDU-Fraktion**

#### **a) Kühlungsanlage Friedhofskapelle Altenbergen**

##### **Beschluss:**

Zur Finanzierung einer Kühlungsanlage in Friedhofskapelle Altenbergen werden 1.500 € zusätzlich bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 18 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

#### **b) Sportstättenentwicklung**

Josef Büker sieht eine große Einigung im Rat auf das „große, monströse Förderpaket“ aus dem Infrastrukturprogramm zu verzichten und möchte daher in der heutigen Sitzung einen Beschluss dazu herbeiführen, keinen Kunstrasenplatz in Bredenborn und kein neues Umkleidegebäude in Kollerbeck zu errichten.

Bürgermeister Robert Klocke tritt dem Ansinnen von Josef Büker vehement entgegen. Die Stadt würde auf eine 65 %ige Förderung verzichten. Der Rat würde auf Grundlage falscher Annahmen entscheiden. Er halte es für dringend erforderlich die Tür nicht zuzuschlagen, sondern erst nach entsprechender Vorberatung über die Sportstättenentwicklung zu entscheiden.

Matthias Schmidt verweist auf die sich abzeichnende schlechte Wirtschaftsentwicklung in Folge der Corona-Pandemie. Vor diesem Hintergrund sei es nicht zu vertreten, Geld in einen Kunstrasenplatz zu stecken. Auch die beantragten zusätzlichen 100.000 € möchte er mit einem Sperrvermerk versehen wissen.

Für Josef Wolff wurde die Öffentlichkeit zum Thema Sportstättenentwicklung vorschnell ausgeladen. Er räumt aber ein, dass dies im Hinblick auf die Corona-Pandemie richtig gewesen war. Durch die „mediale Welt“ würde die Öffentlichkeit aber ausreichend informiert. Er gönne es jedem Sportler, dass er auf den besten Plätzen spielen könne. Dies müsse aber auch finanziell machbar sein. Jetzt schon würde ein Einbruch der Wirtschaft von 10 % vorausgesagt. Die Stadt würde ein enormes finanzielles Risiko eingehen, würden die vorgesehen Maßnahmen umgesetzt. Man müsse auch im Auge haben, dass allein schon die Pflichtaufgaben im Feuerwehrbereich die Stadt mit mehr als 1 Mio. € belasteten. Einen Kunstrasenplatz und einen Neubau eines Umkleidegebäudes könne sich die Stadt nicht erlauben.

Bürgermeister Robert Klocke verweist nochmals darauf, dass hier eine Diskussion geführt wird, zu der er die Öffentlichkeit aus guten Gründen eingeladen habe. Der Grundsatz der Öffentlichkeit von Ratssitzungen habe einen hohen Verfassungsrang.

Sybille Mocker-Schmidt erinnert daran, dass es einen Konsens unter den Fraktionssprechern gab, das Thema heute auszuklammern, um nicht eine große Anzahl von Zuhörern anzulocken, was bei der Pandemielage nicht zu vertreten gewesen wäre. Die Leute würden „verarscht“, wenn nun doch das Thema breit diskutiert werde. Sie halte es für absolut verwerflich, wenn in der heutigen Sitzung, wo die betroffenen Vereine nicht zugegen seien, auf kaltem Wege über ihre Anliegen entschieden werde.

Elmar Stricker spricht sich für die Anbringung eines Sperrvermerks für die Maßnahmen aus, die über das Infrastrukturprogramm finanziert werden sollen.

Josef Büker fordert nochmals eine „Richtungsweisung“ in der heutigen Sitzung im Sinne der gestellten Anträge. Von den Politikern werde erwartet, dass Entscheidungen getroffen werden.

Olaf Wittrock kritisiert vehement die beabsichtigte Streichung.

Auch Helmut Lensdorf spricht sich gegen die Anträge aus. Im Sportstättenentwicklungskonzept seien interessante Vorschläge erarbeitet worden. Diese sollte man nicht mit einem Federstrich zunichtemachen.

Elmar Stricker fordert dazu auf, heute keine Entscheidung zu treffen, sondern die Zeit zu nutzen, mit den Vereinen eine bestmögliche Lösung zu finden.

Josef Büker stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Abstimmung. Diesem wird mit 15 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen gefolgt.

Danach spricht sich Josef Dreier noch einmal für die Streichung der Ansätze im Sinne der vorliegenden Anträge aus und Elmar Stricker verweist nochmals auf die Abwesenheit der Öffentlichkeit.

#### **Beschluss:**

Sämtliche Maßnahmen im Haushaltsplan, die über die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Strukturentwicklung des ländlichen Raums“ anteilig finanziert werden sollten (Umkleidegebäude Kollerbeck, leichtathletische Anlagen Kollerbeck und Kunst-rasenplatz Bredenborn) werden gestrichen. Der städtische Eigenanteil im Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2020“ wird um 100.000 € aufgestockt.

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Auf Antrag von Mathias Schmidt fasst der Rat ergänzend folgenden

#### **Beschluss:**

Die Aufstockung des städtischen Eigenanteils um 100.000 € im Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2020“ wird mit einem Sperrvermerk versehen.

**Abstimmungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen

### **C. Anträge der UWG:**

#### **a) Streichung des Ansatzes zur Finanzierung des Abrisses einer Schrottimmoblie in Papenhöfen**

Josef Wolff begründet den Antrag auf Streichung des Haushaltsansatzes zum Abriss der Schrottimmoblie in Papenhöfen. Diese stehe nicht im Eigentum der Stadt. Hier würde ein Präzedenzfall geschaffen und die Stadt in Zugzwang gesetzt.

Josef Suermann entgegnet, dass sich der Rat bereits ausführlich mit der Thematik befasst und im letzten Jahr die Maßnahme mit auf die Prioritätenliste zur Beantragung von Fördergeldern aus dem Dorferneuerungsprogramm gesetzt hatte. Der Antrag sei lange gestellt worden und sowohl in der Bezirksregierung als auch im Ministerium habe man sich damit befasst.

Auch Sybille Mocker-Schmidt verweist auf die abschließend geführten Diskussionen und vorliegenden Beschlüsse.

Elmar Stricker hält es für „frevelhaft“, die heutige Abwesenheit von Ratsmitglied Paul Postert, der sich für den Abriss der Schrottimmoblie in seinem Dorf stark gemacht hatte, auszunutzen, um einen solchen Antrag zu diskutieren.

Stefan Niemann informiert, dass für das neue Baugebiet in Papenhöfen nun ein Regenausgleichsbecken gefordert werde, wozu der jetzige Kinderspielplatz sich eignen würde. Um einen Ersatz für den wegfallenden Spielplatz zu schaffen, würde sich das durch den Abriss entstehende Grundstück eignen.

Josef Wolff zieht darauf seinen Antrag zurück und beantragt stattdessen, den Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

#### **Beschluss:**

Der Haushaltsansatz zur Finanzierung des Abrisses der Schrottimmoblie in Papenhöfen wird mit einem Sperrvermerk versehen.

**Abstimmungsergebnis:** 5 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

#### **b) „Corona Hilfe“ für Vereine**

Josef Wolff erklärt, dass der Antrag als Anreiz zur Diskussion über das Thema gestellt wurde.

Bürgermeister Robert Klocke hält ein Konzept für erforderlich, in dem festgelegt würde, welcher Verein bei Vorliegen welcher Gründe Gelder zu erwarten hat. Entgangene Gewinne wegen der Corona-Pandemie dürften seines Erachtens nicht von der Stadt übernommen werden.

Josef Büker sieht Probleme auf die Spielmannszüge und Musikvereine zukommen, weil diese keine Einnahmen erzielen, jedoch Mieten und Verbrauchskosten zahlen müssten.

Elmar Stricker und Helmut Lensdorf sprechen sich auch für die Erarbeitung von Kriterien für die Vergabe von Finanzhilfen aus.

**Beschluss:**

Zur Finanzierung einer „Corona-Hilfe“ für Vereine im Stadtgebiet Marienmünster sind 25.000 € zusätzlich in den Haushaltsplan aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**c) Sitzbänke für Bredenborn**

Bürgermeister Robert Klocke gibt zu bedenken, dass die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Sitzbänke eine Signalwirkung für andere Ortschaften hätte.

In dieser Meinung wird er von Elmar Stricker unterstützt, der sich gegen den Antrag ausspricht, um nicht „ein Fass aufzumachen“.

Sybille Mocker-Schmidt kritisiert, dass für den Sport Ansätze gestrichen werden und dafür Bänke aufgestellt werden sollen.

Josef Wolff begründet seinen Antrag damit, sein „Ohr am Bürger zu haben“. Mehrere Bürger hätten ihn gebeten, Mittel für die Aufstellung der Sitzbänke zu beantragen.

Josef Suermann weist darauf hin, dass gerade für solche Zwecke die Dorfpauschale eingeführt wurde und zur Verfügung steht.

Klaus-Peter Gosse bestätigt, dass in Altenbergen aus der Dorfpauschale Sitzbänke angeschafft wurden.

Stefan Köhne spricht sich im Sinne der Gleichbehandlung gegen den Antrag aus und verweist ebenso auf die Dorfpauschale.

Elmar Stricker erklärt, die Bänke würden von Hubert Bartram selber gemacht, wenn das Material dafür bereitgestellt wird.

**Beschluss:**

Um in der Feldmark Bredenborn sechs Bänke aufstellen zu können, werden 3.000 € zusätzlich in den Haushaltsplan aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 5 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Die Anträge zum Sportstättenkonzept waren im Ergebnis gleichlautend mit denen der CDU und wurden bereits ausdiskutiert und beschlossen – siehe oben.

**3. Haushalt 2020; Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, Haushaltsplan nebst Anlagen****Beschluss:**

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan nebst Anlagen für das Jahr 2020 werden mit den oben genannten Änderungen zum Haushaltsplanentwurf beschlossen.



Im Ergebnisplan betragen die Erträge 11.974.900 € und die Aufwendungen 12.866.300 €. Im Finanzplan betragen die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 10.253.000 €, die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 10.814.900 €, die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit 1.366.000 €, die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit 4.979.900 €, die Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit 1.551.000 € und die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit 47.200 €. Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird auf 1.529.500 € festgesetzt. Die Verringerung der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 891.400 € und die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 0 € festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird auf 750.000,00 € festgesetzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja: 15      Nein: 1      Enthaltung: 3

- 4.      2. Änderung der Satzung vom 25.06.2015 über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der städtischen Betreuungsmaßnahme "Schule von acht bis eins" und an der "Offenen Ganztagschule"**  
**Vorlage: 300/2020**

#### **Beschluss:**

Der vorgelegte Entwurf der 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der städtischen Betreuungsmaßnahme „Schule von acht bis eins“ und an der „Offenen Ganztagschule“ an der Grundschule der Stadt Marienmünster vom 25.06.2015 wird als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

- 5.      Aussetzen der Beitragserhebung für die offene Ganztagschule und das Betreuungsangebot Schule von 8 bis 1**  
**Vorlage: 316/2020**

#### **Beschluss:**

Die Stadt Marienmünster setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) im und für den Zeitraum vom 01. bis 30. April 2020 aus. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wird.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**6. Mitteilungen und Anfragen**

Keine

**7. Fragen von Einwohnern**

Keine

gez. Robert Klocke  
Vorsitzende/r

gez. Josef Suermann  
Protokollführer/in